

Verantwortl. Redakteur: H. D. Köppler in Stettin.
Berleger und Drucker: A. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.
Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 M.
vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht
kostet das Blatt 50 Pf. mehr.
Anzeigen: die Beilage oder deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Neblamen 30 Pf.

Agenturen in Deutschland: In allen grösseren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenpfeil & Vogler
G. L. Daube, Invalidentank, Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Eberfeld W. Thienes, Greifswald G. Illica,
Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A.
Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frank-
furt a. M. Heinr. Eisler. Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Berichtigung.

In dem in der gestrigen Abend-
Zeitung abgedruckten Artikel: "Ueber die
Unzuverlässigkeit der Wassermesser" ist
durch ein Versehen des Setzers in der
3. Spalte einige Male "Litter Wasser"
statt L. W. (Lichte Weite) gesetzt worden,
was wir hiermit berichtigen.

Die Redaktion.

E. L. Berlin, 25. Januar.
Deutscher Reichstag.

35. Sitzung vom 25. Januar.
Präsident v. Lepow eröffnet die Sitzung
um 1 Uhr.

Auf der Tagesordnung des Hauses, in wel-
chem anfänglich kaum 50 Mitglieder anwesend
sind, steht die erste Beratung des Gesetzesentwurfs
über die Abzahlungsgehalte.

Abg. v. Bucha (kon.) erkennt durchaus
die Dringlichkeit einer gesetzgeberischen Regelung
des Abzahlungsweirns an. Der vorliegende Gesetz-
entwurf verfolge die berechtigende Tendenz, das Ab-
zahlungsweirns an sich bestehen zu lassen und nur
die Auswüchse desselben zu beseitigen. Für nicht
richtig halte er aber, daß der Entwurf die
eingetragenen Kaufleute den Bestimmungen des
Gesetzes nicht unterwerfen wolle. Der ferneren
Zulassung des Eigentumsvertrahs stimme er
zu. Zweckmäßig sei ferner die in dem Entwurf
vorgeschlagene Regelung, daß der Verkäufer, wenn
er wegen Unterbleiben der Ratenzahlungen sein
Eigentum zurückfordere, dem Käufer die bezahlten
Raten zurückgeben müsse, dagegen zur Forderung
einer Entschädigung für die Abnutzung der Waare
berechtigt sei. Auch daß eine etwaige Vertrags-
strafe durch richterliches Urtheil herabgesetzt werden
könne, wenn sie unverhältnismäßig hoch sei,
und daß die Pfandschuld erst nach Veräumung von
mindestens 2 Ratenzahlungen fällig werde, sei zu
billigen. Ebenso die Bestimmungen bezüglich
etwaiger verschleierte Abzahlungsgehalte und be-
züglich Verbot des Vertriebs von Lotterielosen
und Inhaberpapieren auf dem Wege der Abzahl-
lung. Es empfehle sich sofortige Annahme des
Gesetzes ohne kommissarische Beratung.

Abg. Spahn (Zentrum) führt aus, der
Schwerpunkt des Abzahlungsgehalts liege beim
Haushandel. Gegen diese nicht sich der vor-
liegende Entwurf leider nicht. Wecke der-
selbe doch vielleicht einer Kommission überweisen,
so behalte er sich die Stellung entsprechender
Anträge vor. Andersfalls verzichte er auf letztere.
Was nun den Entwurf so, wie er vorliege, an-
langt, so sei es zweifelhaft, ob nicht vielleicht der
Verkauf von Lieferungen im Buchhandel
durch denselben Schaden leiden könne. Im All-
gemeinen aber entspreche der Entwurf dem Be-
dürfnis und die Bedenken gegen denselben könne
er nicht theilen.

Abg. Krenzmann (freis. Volksp.) stimmt
im Allgemeinen dem Entwurf gleichfalls zu. Da
wir in diesem Jahrhundert auf das Zustandekommen
des bürgerlichen Gesetzbuchs doch nicht
mehr rechnen dürfen, so bin ich auch der Ansicht,
daß wir hier selbstständig vorgehen müssen.
Wenn es sich um den Schutz wirtschaftlich
Schwacher handelt, dürfen wir nicht zu lange
warten. Die Nothwendigkeit des Abzahlungs-
handels kann keinen Zweifel unterliegen.
Zu weit darf man also auch nicht gehen.
So wollen Einige alle Luxus- Gegenstände
von dem Abzahlungsweirns ausschließen. Aber was
ist Luxus? Es ist sehr schwer, zwischen Luxus-
und Gebrauchsgegenständen genau zu unterscheiden.
Auch Segner derjenigen Strömungen bin ich,
welche den Abzahlungsweirns unter Polizeiaufsicht
stellen oder den Hausir-Abzahlungsweirns verbieten
wollen. Dagegen halte ich wiederum das in einer
Petition ausgesprochene Verlangen nicht für rich-
tig, den Nähmaschinenvertrieb von den Bestim-
mungen dieses Gesetzes auszunehmen. Damit, daß
in § 1 die Verwirklichung unzulässig gemacht
und der Verkäufer zur Rückgabe der gezahlten
Raten — gegen Entschädigung — genötigt wird,
kann ich einverstanden sein, obwohl ich ja be-
sonders überhaupt nicht glaube, daß ein an-
ständiger Nähmaschinenhändler jemals von der
Verwirklichung Gebrauch machen würde. Ob
die Bestimmungen über die Entschädigung das
Nichtige getroffen haben, glaube ich nicht. Besser
ist ein Vorschlag in der Petition der Möbelhän-
dler, wonach der Verkäufer, welcher eine Sache zu-
rücknimmt, denjenigen Theil des empfangenen Gel-
des zurückzahlen hat, um welchen der Werth
der Sache die empfangenen Raten über-
steigt. Allerdings kommt da wieder die
Schwierigkeit der Feststellung des "Werths"
in Betracht. Ich behalte mir vor, in zweiter
Lesung hier einen Änderungsantrag zu stellen,
wie er mir am zweifelsvollsten erscheint. Für
vernehmlich halte ich es, daß der Entwurf an dem
Eigentumsvertrah nicht rüttelt. Jedenfalls aber
ist bei der Entschädigungsfrage die Entschädigung
des Verbrauchers, der Abnutzung, nicht genügend
berücksichtigt. Etwas Vollkommeneres ist also in
dem Entwurf nicht erreicht. Aber im Ganzen ist
er brauchbar, das Vollkommene in demselben über-
ragt das Unvollkommene. Auch der Wunsch nach
einer Kommissionsberatung will ich unterdrücken,
da ich es für einen großen Vorzug halte, die
Materie möglichst schnell zu regeln.

Abg. Cenneker (nat.). Meine Freunde
sind mit der Tendenz und der Art des Entwurfs
in allem Wesentlichen einverstanden. Trotzdem
halten wir doch eine sorgsame Prüfung desselben
für wünschenswerth. So sehr viel Zeit wird die-
selbe ja auch nicht kosten. Dem Abzahlungsge-
halt liegt zweifellos ein lebhaftes Bedürf-
nis zu Grunde, wenn wir uns auch nicht
verhehlen, daß das Baargeschäft besser ist.
Aber keine Leute können es vielfach nicht
wissen, ja nicht einmal kleinere Fabrikanten.
Durchaus angemessen hilft der Entwurf den Nach-
theilen ab, wie sie bisher mit der Verwirklichungs-
kaufel verknüpft zu sein pflegen. Ebenso billige ich
es, daß zu Gunsten des Verkäufers der Eigen-
thumsvertrah aufrecht erhalten bleibt. Auch
der Erwerb und dessen andere Gläubiger werden
dadurch nicht geschädigt, denn ohne jenen Vor-
behalt würde das Objekt für die anderen Gläubiger
ja überhaupt nicht da sein. Vielleicht hätte man
die Verwirklichungskaufel nicht ganz zu beseitigen
brauchen, sondern auf einen Prozeßfuß des Neuz-
erwerbs Kaufmann beschränken können. Was nun
den § 2 anlangt, so sind ja über das Prinzip
des Interessenausgleichs zwischen Käufer und

Verkäufer Alle einig. Für nicht richtig halte ich
den Vorschlag der Möbelhändler in ihrer Petition.
Nicht richtig deshalb, weil der "Werth", der
Verkaufspreis, bei Abzahlungsweirns überhaupt
ein sehr hoher ist. Jedenfalls scheint mir am
richtigsten, so sagen: "der Minderwerth ist dem
Käufer zu ergehen", d. h. der Minderwerth im
Augenblicke der Rücknahme der Waaren gegen-
über dem Werth bei Abschluß des Verkaufs-
geschäfts. Das Verbot des § 7 möchten wir
schlechthin auf alle Werthpapiere ausgedehnt
wissen. Nach alledem sehen Sie, daß eine Reihe
Einzelheiten zu regeln bleiben, daß somit eine
Verweisung an die Kommission doch wohl zu
wünschen wäre.

Abg. Werner (Antisemit) begrüßt die
Vorlage. Die von ihm gewünschten Aenderungen
würden im Wesentlichen nur redaktioneller Art
sein. Zu den Abzahlungsgehalten vertheure er auch
die Viehleihe-Geschäfte, durch welche die Bauern
ruinirt würden. Was die Entschädigungsfrage
anlangt, so ist ihm die von den Berliner Möbel-
händlern vorgeschlagene Fassung lieber, als die der
Regierung. Aber die Höhe der Entschädigung
dürfte nicht durch den Richter, sondern müsse
durch Kommissionen festgesetzt werden.

Abg. Auer (Soz.) erklärt, seine Freunde
seien ausnahmsweise in der Lage, auch einmal
für eine Regierungsvorlage eintreten zu können.
Soweit es sich um unregelmäßige Konkurrenz
handelt, müßten die kleinen Gewerbetreibenden
geschützt werden, gegen reelle Konkurrenz dagegen
nicht. Ueber die wirtschaftliche Bedeutung der Ab-
zahlungsgehalte sei sich ja Jeder klar, aber daß
Ueberverpflichtungen vorkommen, sei ebenfalls nicht zu
bestreiten. Auch beim Möbelverkauf sei es der
Fall, ja sogar bei Nähmaschinen. Die jetzige
Gesetzgebung gewähre den Abzahlungskäufern keinerlei
Schutz gegen Schwindel und Betrug. Redner
führt eine Reihe einschlägiger Fälle an. Gegen den Vor-
schlag Cennekers, in § 7 das Verbot auf alle Werth-
papiere auszudehnen, habe er nichts einzuwenden.
Angesichts der vielfachen Betrüge, welche im
Abzahlungskauf mit Werthpapieren, Vosen,
Vorkäufen, könnte sogar die in § 7 darauf
gesetzte Strafe noch erhöht werden. Daß die
Vorlage nicht erst an eine Kommission gehe, sei
ihm recht, insofern wäre eine kommissarische Be-
rathung doch vielleicht zu wünschen, um auch
den Mifftände abzuwehren, daß bei Verwirklichung
der Abzahlungsgehalte die Polizei schon bei Nichtzah-
lung einer einzigen Prämie für ungültig erklärt
würde.

Damit ist die Diskussion beendet. Ein
formeller Antrag auf Verweisung der Vorlage an
eine Kommission liegt nicht vor, die zweite Ver-
rathung wird also demnächst gleich im Plenum
nachfolgen.

Zur ersten Beratung steht weiter der Ge-
setzentwurf zum Schutze der Waarenbezeich-
nungen.

Abg. Rören (Ztr.) billigt die Tendenz des
Entwurfs, auch die nicht eingetragenen Waaren-
marken zu schützen und deren Nachahmungen unter
Strafe zu stellen. Ein Vorzug des Entwurfs sei
es ferner, daß er an Stelle des Anmeldeverfahrens
das Vorprüfungsverfahren (Prüfung durch das
Patentamt) setze. Bedenklich seien ungewisse Be-
stimmungen darüber, was zu geschehen habe,
wenn ein angemessenes Waarenzeichen bereits
früher, auf Antrag von anderer Seite, eingetra-
gen sei.

Abg. Hamacher (nl.) erklärt seine Ueber-
einstimmung mit dem Vorredner. Nur meine er,
daß der tiefere Grund, weshalb wir bisher nicht
genügenden Schutz gegen concurrence déloyale
hätten, nicht in unserer Gesetzgebung, sondern viel-
mehr in der mangelnden Gewöhnung unserer
Richter liege. Die Richter in Frankreich hätten
die Rechtsgrundlage viel richtiger ins Praktische
überseht. Das gerade ihnen zum Ruhm. Des-
halb meine er auch — wie schon der Vorredner
— bei Konkurrenz eines, ein Waarenzeichen
Anmeldeamt mit Einem, der die Eintragung bereits
bewirkt hat, solle nicht das ordentliche Gericht,
sondern das Patentamt entscheiden.

Staatssekretär Nieberding giebt zu, es
sei den Richtern anfänglich wohl etwas schwer
geworden, sich in die gesetzgeberischen Fragen auf
dem Gebiete des Patent-, Marken-, Musterrechtes
einzuleben. Aber der Vorwurf treffe doch die
Richter nicht allein. Vielmehr habe die ganze
Bevölkerung Zeit gebraucht, um sich mit den ein-
schlägigen Gedanken vertraut zu machen. Gegen-
wärtig, seit 10 Jahren, sei unsere Rechtsprechung
auf diesem Gebiete jedenfalls eine ebenso gute,
wie in anderen Ländern. Die Entscheidung in
den betreffenden Fragen dem Patentamt zu über-
tragen, habe seine besonderen Schwierigkeiten.

Abg. Schmidt (Oberl.) (freis. Volksp.):
Die Schuld daran, daß unsere Rechtsprechung
den praktischen Bedürfnissen nicht so sehr Rech-
nung trägt, wie dies in Frankreich der Fall ist,
liegt allerdings, darin hat der Herr Staatssekretär
recht, weniger an unseren Richtern, vielmehr
darin, daß in Frankreich überall der zivilrechtliche
Grundsatz zur Richtschnur genommen wird:
Jedermann ist für einen Schaden, den er einem
Anderen zufügt, verantwortlich! Bei uns dagegen
wird stets nach dem Grundsatze gehandelt: was
nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt. Redner
hebt weiter hervor, besonders müsse diejenige
conurrence déloyale bekämpft werden, die uns
das Ausland mache, namentlich England.

Die Vorlage wird sodann einer besonderen
Kommission überwieien.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Beratung einer heute ein-
gegangenen Vorlage betr. Verlängerung des Han-
delsprovisoriums mit Spanien; Invalidentonds-
novelle; kleinere Vorlagen.

Schluß gegen 5 1/2 Uhr.

E. L. Berlin, 25. Januar.

Preussischer Landtag.
Abgeordnetenhans.
5. Sitzung vom 25. Januar.
Präsident v. Köppler eröffnet die Sitzung
um 11 Uhr.

Am Ministertisch Graf zu Eulenburg, von
Berlepsch, v. Heyden.
Auf der Tagesordnung steht zunächst die In-
terpellation des Abg. v. Kröcher und Gen.
(kon.).

mit den Geldverhältnissen der in Betracht
kommenden Konkurrenzländer statgefunden hat
oder gleichzeitig stattfindet?

Minister v. Berlepsch erklärt, daß die
Regierung bereit ist, die Interpellation sofort zu
beantworten.

Abg. Dr. v. Hebebrand (kon.) begrüßt
dies hierauf die Interpellation. Der Uebergang
unserer Landwirtschaft ist unbestreitbar; er ver-
schuldet hauptsächlich die Kalamität auch in an-
deren Berufsweigen. Wir haben hier nicht bloß
ein gutes Recht, sondern die zwingende Pflicht, für
die Vertretung der landwirtschaftlichen Interessen
im Reiche zu sorgen. (Sehr richtig!) Die Land-
wirtschaft bildet unter allen Erwerbsweigen das
Rückgrad des Staates; sie wird mit Eisen, Fleisch
und Ausdauer betrieben, trotzdem ist die fort-
dauernd zunehmende Verdrängung, die sich seit
etwa zehn Jahren bereits auf Milliarden beziffert,
unauflösbar. Die Verhältnisse sind bei kleinerem
und großem Vieh die gleichen. Die Ursache des
Niedererganges liegt in der Ungleichheit der Pro-
duktionskosten, die in anderen auf dem Weltmarkt
konkurrierenden Ländern niedriger sind als bei uns,
wo sie eine beständig steigende Tendenz zeigen.
Das bedingt aber die Nothwendigkeit, das Maß
des gegenwärtigen Schutzes, das wir gegen die
Weltmarkt-Konkurrenz genießen, nicht zu verringern.
Bei einem Vertrage mit Ausland aber würden
wir die dortigen Valutenverhältnisse besonders be-
achten müssen, denn die russische Valuta ist nicht
bloß minderwerthig, sondern auch schwankend. Die
Industrie hat von den bereits geschlossenen Ver-
trägen wahrlich Vortheil genug gehabt, so daß sie
wohl warten könnte, bis die Untersuchungen über
die Wirkungen der Valuta beendet sind, nament-
lich, wenn zu fürchten ist, daß die Landwirtschaft
durch die Valutenverhältnisse geschädigt werden
kann. (Abg. Richter ruft: Was wollen Sie denn
eigentlich?) Meine Anfrage richtet sich an die
Regierung und nicht an Sie, Herr Richter!
(Draus! rechts.)

Minister v. Berlepsch: Die Regierung
steht sich im gegenwärtigen Augenblicke nicht in der
Lage, über Einzelheiten des russischen Handelsver-
trages hier öffentlich zu verhandeln. Was abge-
handelt werden soll, ist die Interpellation betrifft, so
ist die Regierung nicht in der Lage, die von dem
Interpellanten geforderte Verdingung zu stellen,
daß von einem anderen Staate die Währungsfrei-
heit aufgegeben wird, weil diese Bindung nicht
erfüllbar ist und diese Forderung von keinem
Staate gewährt werden kann. Vorschläge, die
man gemacht hat, z. B. mit einer gleitenden
Tarif-Stala, sind schwer ausführbar und würden
für die Landwirtschaft schlimmere Folgen haben,
als man sich vorstellt; der Spekulation würde
Thür und Thor geöffnet. Daß die Regierung
die Bedeutung der Währungsfrage nicht verkennt,
hat sie ausgesprochen und Untersuchungen veran-
laßt, um Mittel zu finden, den Schwankungen
des Silberpreises Einhalt zu thun, weil diese auch
den Gewerber Schaden und Verunsicherung die Gefahr
der Goldknappheit näher gerückt ist. (Draus!
hört!) Auch der staatlichen Silberproduktion
sehen schwere Schäden in Aussicht, wenn die
Silberpreise beständig schwanken. Das ist Grund
genug für die Annahme, daß die Regierung der
Frage der Fixirung des Silberpreises die vollste
Aufmerksamkeit widmet.

Auf den Antrag des Abg. Graf Lim-
burg-Sturum (kon.) findet die Besprechung
der Interpellation statt.

Abg. Brömel (freis.): Zur Begründung
der Interpellation haben wir nichts weiter gehört
als eine der bekannten Nothfalsandreden, nicht
schlechter als früher, aber auch nicht besser!
(Draus! rechts.) Die Begründung der Haupt-
forderung der Interpellation ist Herrn v. Heyde-
brand nicht gegeben; sie kann auch nicht gegeben
werden, denn sie läßt sich nicht rechtfertigen; die
Klagen über die Noth der Landwirtschaft sind
unbegündet, die angeführten Ziffern über Sub-
stantiation und Schuldenvermehrung sind nicht
schlüssig und lassen sich aus ihnen auch eine Ver-
sicherung der landwirtschaftlichen Verhältnisse be-
zuziehen. Erfreulich vor die nicht mißzuverstehende
Erklärung der Staatsregierung. In der That ist
der Einfluß anderer Verhältnisse, so der Frucht-
bildung viel wichtiger, als die Schwankung der
Valuta. Die Regierung hat bei einem Vertrags-
abschlusse mit Ausland die Interessen weiterer
Kreise wahrzunehmen, als einseitig die der Land-
wirtschaft. An der Währung zu experimentiren,
ist nicht rathsam; die Dinge müssen endlich zur
Rube kommen. Eine Ausprägung von Silber-
münzen würde die Umlaufsmittel vermehren und
eine Preissteigerung in allen Verhältnissen herbei-
führen, wobei noch nicht sicher ist, daß die Land-
wirtschaft Vortheil haben wird.

Abg. Febr. v. Erffa-Wernburg (kon.):
Ich fürchte, daß durch die Erklärung des Ministers
eine den Landwirthen ersichtliche Verhöhnung nicht
genügend wird und daß unsere politischen Freunde
im Reichstage nicht in der Lage sein werden, für
die Regierung einzutreten. In meiner Heimath ist
es mir nicht möglich gewesen, inmitten einer indus-
triellen, dichten Bevölkerung zu Weibzählern 100
Zentner Weizen abzufahren, weil die Müller ihren
Bedarf aus Ungarn beziehen. (Sehr richtig!) Was
nützt uns eine Industrie, die ihren Bedarf vom
Auslande bezieht? (Sehr wahr!) Redner polem-
isirt dann mit den Abgg. Brömel, Richter und
Richter über die Interessen der Landwirtschaft.
Herr Richter scheint jetzt im Abgeordnetenhanse
nicht die nöthige Resonanz für den Wohlklang
seiner Stimme zu finden. (Rufe: Schwach!
Heisterkeit.) Denken Sie nur ein wenig nach,
(Abg. Richter: Witz, die man nicht gleich ver-
steht, tangen nichts!) Wir verlangen für eine
gute Politik dreierlei: Eine gute Armee, gute
Finanzen und Zufriedenheit der Bevölkerung.
Die letztere strebt man nicht an, deshalb können
wir diese Politik nicht mitmachen.

Abg. Dr. Krause (nl.): Wir können uns
hier unmöglich über einen Vertrag erklären, den
wir nicht kennen. Die Erklärung der Staats-
regierung billigen wir in allen Punkten. Man
belagert den Mangel an Zufriedenheit in der Be-
völkerung; aber will man diesen Frieden fördern,
so unterlasse man, einen Verfassungskonflikt gegen
den anderen, die Landwirtschaft gegen die Industrie
anzuspüren.

Abg. Graf Hoensbroech (Ztr.): Die
Landwirtschaft bedarf besonderer Pflege des
Staats, denn sie ist das Unmobille, an dem die
Sozialdemokratie und die kapitalistisch-mate-
riellistische Weltanschauung brechen müssen. Die

Vertragspolitik verläßt den Boden der Wirt-
schaftspolitik von 1879, auf welchem alle Stände
sich wohl befanden, sie schafft bedenkliche Gegen-
sätze im Wirtschaftsleben. (Sehr richtig!) Dem
Bunde der Landwirthe wünsche ich den besten
Erfolg, bitte die Herren aber, sich auf das Terrain
zu beschränken, wo noch keine landwirtschaftlichen
Verbände bestehen. Der Westen eignet sich für ihre
Agitation nicht. Die Währungs-Enquete wird
kaum wesentliche Resultate ergeben. Daß die
Silberwährung eine bedeutende Preissteigerung
ergeben würde, ist nicht anzunehmen, jedenfalls
nicht erwiesen. Von der Aushebung des Identitäts-
nachweises werden Sie auf die Dauer einen Vor-
theil für die Landwirtschaft nicht haben;
lassen Sie uns möglichst zusammengehen in ge-
meinsamen Interessen und nicht uns gegenseitig
bekämpfen wegen unserer Spezialinteressen. Bei
Aushebung der Staffeltarife braucht man nicht
nach anderen Motiven zu suchen, als nach den bei
der Einführung dieser Tarife angegebene; sie
waren bedingt durch die fiskalischen Interessen,
diese scheinen jetzt vorgefallen zu sein. Redner
bittet die Regierung, die landwirtschaftlichen
Interessen nicht zu vernachlässigen.

Abg. Götze (hr.): Der russische Ver-
trag würde auch in ganz erheblichem Maße der
Landwirtschaft, namentlich der schlechtlichen, zu
Gute kommen, denn sie könnte ihr gutes Getreide,
das sie heute zur Viehfütterung verwendet, besser
verwerthen und russisches Getreide verkümmern.
Den Identitätsnachweis kann man nicht aufheben,
wenn man Differentialtarife einführen will. Es
ist ein ehrendes Zeugnis für unsern Handel und
unsere Industrie, daß sie sich nicht durch die
agrarisches Agitation haben zu Gegenübergebungen
reiben lassen. Sie wollen nur der Regierung das
Leben schwer machen. (Widerpruch rechts.) Es
ist nicht loth, jetzt zu agitiren, wo der Handels-
vertrag noch nicht bekannt ist. (Widerpruch
rechts.)

Abg. v. Karbovitz (freis.): Die Interessen-
vertretung der Landwirtschaft ist alle Zeit lokal
gewesen; vom Handel kann man das nicht immer
behaupten. Was in dem russischen Vertrage zu
Gunsten des Handels und der Industrie steht,
wissen wir freilich nicht, aber was für die Land-
wirtschaft darin steht, wissen wir ganz sicher.
Redner vertheidigt die gleitende Stala; es sei
unrichtig, daß dieselbe die Spekulation fördere,
das Gegenteil sei richtig. Bei dem Fortbestand
der Goldwährung wird bei uns die Landwirt-
schaft ebenso zu Grunde gehen, wie in England.

Abg. Graf Ballestrin (Ztr.): Die Ver-
änderung der aus unterwerthiger Valuta hervor-
gehenden Schäden ist schwer, ja unmöglich; auch
das Zustandekommen einer internationalen Ver-
einbarung über den Silberwerth ist wenig wahr-
scheinlich. Warum will man den Werth des
Silbers allein fixiren? Man könnte das mit
jeden anderen Verlehrsartikel auch. (Sehr richtig!
links.) Zweck der Interpellation scheint gewesen
zu sein, hier auszusprechen, daß die Konservativen
im Reichstage gegen den Vertrag stimmen wollen.
Eine schwierige Lage der Landwirtschaft ist an-
zuerkennen, doch läßt sich durch Aenderung des
bisherigen Wirtschaftssystems viel ändern. Die
Lage der obersteilischen Industrie ist in Folge des
russischen Zollkrieges eine sehr traurige. Als die
Landwirtschaft durch Zollbeschränkungen begünstigt
wurde, hat die Industrie tren am Wirtschafts-
faktel festgehalten. Möge die Landwirtschaft
dasselbe thun, jetzt, wo die Industrie begünstigt
werden soll.

Abg. Dr. Friedberg (nl.) hält angeht
der mit Italien gemachten Erfahrungen die Forderung
der Interpellanten für begründet. Die
Währungsfrage bedarf der Regelung, denn sie be-
einflußt alle internationalen Verlehrsverhältnisse
fürsich als jedes Zollsystem. Silber muß als
Währungsmittel herangezogen werden, das Gold
allein hierfür nicht ausreicht. England wird
wegen der Verhältnisse in Indien ebenfalls zur
Doppelwährung gedrängt werden; möge Deutsch-
land den rechten Moment nicht veräumen.

Hierauf verlegt sich das Haus.
Ein Antrag Arenst. mit Rücksicht auf ein
morgen stattfindendes Ereigniß (Ankunft des
Fürsten Bismark in Berlin) die Sitzung um
10 Uhr zu beginnen, wird vom Hause abgelehnt.

Schluß 4 Uhr.
Nächste Sitzung: Morgen 11 Uhr.
Tagesordnung: Fortsetzung der heutigen Be-
rathung.

Deutschland.

△ Berlin, 25. Januar. Heute Vormittag
verbreitete sich das Gerücht, daß Fürst Bismark
gegen 1 Uhr auf dem Berliner Bahnhof ein-
getroffen sei; es erwies sich jedoch als un begründet.
Unter den Linden hatte sich ein zahlreiches
Publikum eingefunden. Bis jetzt gilt es als fest-
stehend, daß die Ankunft morgen, Mittags 12
Uhr 55 Minuten erfolgt. Der Aufenthalt des
Fürsten Bismark in Berlin wird nur kurze
Zeit währen, doch ist über den Zeitpunkt der Ab-
reise noch nichts bestimmt.

Seiten fand eine Sitzung des Militär-
Ehrengerichts in Lettow bezüglich des Rechts-
anwalts Hertwig wegen seines Vorgehens im
Innenministerprozeß statt. Ungefähr 40 Offiziere
nahmen anwesend. Die Sitzung wurde unter dem
strengsten Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten.
Wie bekannt, wurde der Ausschluß Hertwigs aus
dem Offiziersstand beschlossen. Das Urtheil muß
vom Kaiser bestätigt werden.

Der Ausschuß des deutschen Protestanten-
vereins war gestern hier versammelt und hat
u. A. den Erlaß einer Ansprache an die Ange-
hörigen der preussischen evangelischen Landeskirche
betreffs der Agenden-Angelegenheit beschlossen.

Der "Reichs- und Staats-Anzeiger"
schreibt im nichtamtlichen Theile:

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß
die Entsendung des Fülgeadjutanten Grafen von
Moltke nach Friedrichsruh der eigensten persön-
lichen Initiative des Kaisers und Königs entsprungen
ist und auch in Regierungskreisen Niemand vorher
von dem hochherzigen Entschlusse des Monarchen
Kenntniß gehabt hat. Daber gehören alle entzogenen
Behauptungen in das Gebiet willkürlicher politischer
Kombinationen.
** Wie geringes Vertrauen die sozial-
demokratischen Führer selbst zu der praktischen
Brauchbarkeit der von ihnen gepredigten Lehren
hegen, zeigen die Erfahrungen, welche der aus-
ländische Industrielle Priestley in Brabford, der
Eigentümer vieler sehr umfangreicher Fabriken
in genannter Industriekategorie, mit den dortigen

Sozialdemokraten gemacht hat. Herr Priestley,
der des ewigen Geredes der Sozialdemokraten
als ob sich "der Arbeitgeber von dem Schweife
seiner Lohnflaven wäse", mißde war, stellte dem
Ausschusse der Arbeiterpartei das best ausgestattete
und einträglichste seiner Etablissements sammt
dem Dampfmaschinenbetriebe und sogar noch
einen Kredit von 6000 Pfund Sterling für die
Dauer eines Jahres mit der einzigen Maßgabe
zur unentgeltlichen Verfügung, daß der Fabrikations-
betrieb nach den Satzungen der Trades Unions
gehandelt und die Geschäfte ganz im Geiste der
sozialdemokratischen Prinzipien geführt werden
sollten. Wenn nach Ablauf des ersten Jahres ein
betriebliches finanzielles Ergebnis erzielt sei,
d. h. wenn alle Arbeiter mehr verdient hätten,
als unter seiner bisherigen Geschäftsleitung, so
verpflichtet sich Herr Priestley, den Leuten die
Fabrik gegen eine sehr mäßige Vergütung ganz
und gar zu überlassen und sogar ihnen den
Jahreskredit von 6000 Pfund Sterling noch
weiter zu gewähren.

Ein solches Entgegenkommen findet sich nicht
alle Tage, und man hätte denken sollen, die
Brabforder Genossen würden mit beiden Händen
zugreifen. Aber weit gefehlt. Vier volle Monate
überlegten sie sich den Fall und dann erklärten
sie sich für außer Stande, die ihnen von einem
Kapitalisten hinterlistiger (!) Weise angebotene
Fabrik zu übernehmen und zu verwalten.
Unter dem Worte "hinterlistig" können die
Brabforder Genossen, wenn anders sie sich überhaupt
etwas dabei gedacht haben, nur andeuten wollen,
daß es eine große Perfidie ist, wenn man sie in
den Stand setzen will, den wirtschaftlichen Werth
ihrer pomphast verkündeten Theorien an einem
praktischen Beispiele zu demonstrieren. Das in-
derlich so zurechtstufende und heranzufordende Ge-
behren der Sozialdemokraten, nicht nur Englands,
sondern auch des Kontinents, beruht ja in erster
Linie auf der Einsicht, daß sie nach menschlichem
Ermeßen in absehbarer Frist nicht in die Lage
kommen werden, ihren hochtrabenden Worten
entsprechende Thaten folgen zu lassen.

Breslau, 25. Januar. Auf Veranlassung
des Kaisers wurde bestimmt, daß öffentliche Lust-
barkeiten, sowie Musikaufführungen am nächsten
Sonntage um Mitternacht enden und nicht auf
Sonntag ausgedehnt werden.

Thorn, 25. Januar. Die Nachrichten über
die Choleraepidemie aus den russischen Grenz-
distrikten lauten immer drohender. In den Kreisen
Dpatow, Konst und Ika des Gouvernements
Kasom wurden 100 neue Erkrankungen und 20
Sterbefälle, ferner in der Stadt Ploz 15 und 9
festgestellt.

Braunschweig, 25. Januar. Der Landtag
ist heute bis zum 1. März vertagt worden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 25. Januar. Das "Fremdenblatt"
schreibt, die aus der hochherzigen Initiative des
deutschen Kaisers hervorgegangene Annäherung an
den hochverdienten ehemaligen Reichskanzler sei
auf rein menschliche Beweggründe zurückzuführen,
aber die Beugung über das Verschwinden der
Kluft zwischen Berlin und Friedrichsruh sei offen-
bar so groß, daß ihr ein Werth für die Gesamt-
stimmung im Reiche nicht abgesehen werden
kann. Das "Fremdenblatt" sagt dann, es sei
überzeugt, daß der Schritt des Kaisers die vollste
Zustimmung des Reichskanzlers Grafen von
Caprivi gefunden, der oft genug seinen Respekt
für die staatsmännische Größe des Fürsten Bismark
ausgedrückt habe, und schließt, wenn Fürst
Bismark in Berlin ercheine, werde Deutschland
mit Freude seinen alten Nationalhelden, seinen
Kaiser und seinen Kanzler vereint sehen;
den thattätigen jungen Herrscher, der an
der Spitze des Reiches steht, den
Mann, der so viel gethan, um es zu schaffen,
und den Minister, der die von ihm übernommenen
schwierige Aufgabe mit Festigkeit und Weisheit
bewältigt.

Prag, 25. Januar. Die Rede des Grafen
Julius Andrássy, worin er das Zusammenhalten
der Parteien gegen die drohende Reaktion und
gegen die Bildung konfessioneller Verbände forderte,
erregt in hiesigen politischen Kreisen bedeutendes
Aufsehen.

Prag, 25. Januar. Der Landtag lehnte
mit allen Stimmen gegen diejenigen der Jung-
tschechen und Alttschechen den Antrag Podlipny ab,
seine Motion wegen Aufhebung des Ausnahme-
zustandes in Prag und Umgebung an eine
Kommission zu verweisen.

Frankreich.

Paris, 25. Januar. Die Kommission
der Deputirtenkammer bereith in längerer Dis-
kussion über die Getreidezölle. Vor Fassung eines
Beschlusses will die Kommission die Minister
hören. Die Mehrheit der Kommission scheint
einem Zollfuß von 8 Franks günstig zu sein.

Paris, 25. Januar. Das "Journal des
Debats" veröffentlicht eine Depesche aus St.
Louis am Senegal, nach welcher Oberst Bonnier
Timbuktu ohne Schwertföhrig besetzt haben soll.

Paris, 25. Januar. Das "Journal des
Debats" bespricht mit Befriedigung die Ein-
nahme Timbuktus, die auch außerhalb Afrikas
große moralische Wirkung haben werde. Der
"Figaro" meint dagegen, das Ereigniß könne
ernte Folgen haben, da nach dem Zwischen-
fall von Warina Oberst Bonnier Befehl be-
kommen hätte, seinen Marsch einzustellen, und
sogar die Abergung Bonniers angekündigt
worden sei.

Dänemark.

Kopenhagen, 23. Januar. In öffentlichem
und privaten Kreisen wird lebhaft darauf hinge-
arbeitet, dem Kronprinzenpaar aus Anlaß der be-
vorstehenden Silberhochzeit Sympathie und Auf-
merksamkeit zu erwirken. Mitglieder der höheren
Gesellschaftsklassen sind bemüht, ein größeres
Kapital zu Wege zu bringen, welches ihren
königlichen Sobeten zur Verfügung gestellt
werden soll und bestimmt ist, eine Stiftung zur
Unterstützung unbemittelter und unverbätheter
Waisen zu bilden. Ein anderer Kreis, welcher
Beiträge wesentlich vom Mittelstand (Beamten,
Gelehrten, Künstlern) erbittert, bestrebt sich,
eine Warnungsgruppe bei einem unserer thätigsten
Bildhauer zu bestellen und ein größeres Gemälde
zu erwerben. Ein dritter Kreis sammelt kleine Be-
träge, besonders von Damen. Die Mittel, oder
jedenfalls ein Theil derselben, sollen zur Aufstaf-
fung einer künstlerischen und kostbar ausgestatteten
Bibel verwendet werden. Kronprinz Frederik,
welcher sich einer großen Popularität erfreut, wird

in Silberhochzeitstage (28. Juli) reichlich 51 Jahre alt sein, die Kronprinzessin Louise fällt drei Monate später ihr 43. Lebensjahr. Von den Kindern des Kronprinzenpaares (acht, nämlich die Prinzen Christian, Karl, Harald und Gustav, sowie die Prinzessinnen Louise, Ansgorge, Thyra und Dagmar) ist das älteste 24, das jüngste vier Jahre alt.

Am Auftrage des Marine-Ministeriums ist dieser Tage ein „Ganobich“ für den See-Stat“ veröffentlicht worden, welches verschiedene, auch das Ausland interessirende Mittheilungen über die Entwicklung der dänischen Marine enthält. Es ist u. A. ersichtlich, daß die dänische Flotte in den letzten drei Jahrzehnten fast vollständig reorganisiert worden ist. Von alten Schiffen sind nur noch ein Paar vorhanden; es sind dies nun auch zwar Veteranen, wie solche so alt kaum in anderen europäischen Flotten vorkommen dürften. Das älteste Schiff der Flotte ist das Kasernenschiff „Dronning Marie“, welches im Jahre 1824 zu Wasser gelassen wurde, mit 70 Jahre alt ist. Das zweitälteste Schiff ist das Vermessungs-Fahrzeug „Schroder“, welches ein Alter von 35 Jahren hat. Das jüngste Schiff der Flotte ist ein Dampfer, welcher im Herbst von Stapel lief. Auf Stapel befinden sich zur Zeit die Panzerbatterie „Schob“, der Kreuzer dritter Klasse „Reindal“ und ein Patrouillenfahrzeug „Von Schlagschiffen“ besitzt die Flotte nur wenige; die Hauptmenge der in den letzten Jahren gebauten Kriegsschiffe bezieht sich auf die Flotte, die diesen zu rein defensiven Zwecken hergestellt sind. Dänemark hat seit 1879 zwölf Torpedofahrzeuge erster Klasse angeschafft; die beiden zuletzt erbauten sind etwa ein Jahr alt und heißen: „Nordpapen“ und „Marelen“. Ferner sind in dem Zeitraum zwischen 1882 und 1889 zehn Torpedobote zweiter Klasse und seit 1876 sieben Minenfahrzeuge erbaut. Mit dem Bau von Kanonenbooten scheint man aufhören zu wollen. Es sind in dem Zeitraum zwischen 1872 und 1884 acht Kanonenboote hergestellt worden. Seitdem hat sich kein Kanonenboot auf Stapel befunden. Von Schlagschiffen besitzt Dänemark zur Zeit fünf Panzerschiffe mit einem Displacement von über 2400 Tonnen und drei Panzerschiffe mit einem Displacement von weniger als 2400 Tonnen. Das älteste der Schlagschiffe, der Panzer „Andorn“, wurde 1878 zu Wasser gelassen. „Delagold“, „Dobin“, „Tordenshoj“ und „Der Hvidebjel“ sind die größten Panzerschiffe. Das größte Schiff der dänischen Flotte ist „Delagold“; es hat ein Displacement von 5370 Tonn. Der Flotte gehören außerdem an: eine Kreuzerregate, zwei Kreuzer-Korvetten, sechs Kreuzer dritter Klasse, sechs Schulschiffe, fünf Vermessungsfahrzeuge, fünfzehn Truppen-Transportfahrzeuge, fünf Exerzier- und Kasernenschiffe u. s. w.

Serbien.
Belgrad, 24. Januar. Der Antrag des Publikums zu der heutigen Sitzung der Stupskina war so stark, daß erstliche Rubelstücken beschlachtet wurden. Der neue Stadtpräsident mußte persönlich den Zugang zum Gebäude der Stupskina freihalten. Während der Sitzung war der Präsident Ratic wiederholt genötigt, die Besucher der Gallerien zu rufen zu ermahnen; er erzielte erst Ruhe durch die Drohung, die Gallerien räumen zu lassen.

Amerika.
Washington, 25. Januar. Der Kammerauschuss für Mittel und Wege nahm ein Amendement zu der Tarifvorlage an, wodurch die Gegenwertigkeitssatzel der Mac Kinley-Acte abgeschafft wird. Die Kammer verwarf mit großer Majorität die Unteranträge zum Eisentarif. Eisenzer verbleibt auf der Freiliste.

Stadtvorordneten-Sitzung vom 25. Januar.

Die Tagesordnung bot nur einen Gegenstand von größerem Interesse, es war dies die Vorlage von 40600 Mark für die Umstellung der h d heren T d t e r s c h u l e, sowie für die Beschaffung einer Broncebüste für die Facade derselben. — Die höhere Mädchenschule in der Elisabethstraße gehört zu den kostspieligsten Schulbauten Stettins, es ist bei dem Bau mit Recht auf alle Erfahrungen der Gesundheitspflege Rücksicht genommen, dabei aber auch ein für städtische Schulbauten etwas verschwenderischer Luxus entfaltet. Dem palastartigen Leuchter entspricht auch das Innere, besonders die Aula mit ihrer künstlichen Marmor- und Holzschmucke erinnert wenig daran, daß sich die städtischen Finanzen nicht in besser Lage befinden. Für die Umstellung der Schule werden sich noch 39000 Mark verlangt, welche, wie der Referent, Herr Decker, hervorhebt, durch Subventionen festgesetzt sind und den Verhältnissen entsprechen. In die Facade soll eine Büste der regierenden Kaiserin Viktoria Augusta eingestiftet werden, welche der Bildhauer Felschhof zum Preise von 1600 Mark herstellen soll.

Der Referent empfiehlt die Annahme der Vorlage.

Herr Dr. Küh l f r ä g t an, ob auf die von der Schuldeputation angeregte größere Einfachheit der

Kronleuchter und edlere Art der Wänle in der Aula Rücksicht genommen sei.

Herr Baurath Meyer entgegnet, daß diese Wünsche berücksichtigt werden.

Herr Dr. Grafmann hält die für die Umstellung geforderte Summe für zu hoch, es käme auf jede Schülerin mindestens 50 Mark. Redner beantragt, die Abstimmung über die Vorlage auszusuchen und zunächst von dem Magistrat eine genaue Aufstellung der einzelnen für die Umstellung vorgesehenen Positionen zu verlangen.

Herr S i e b e r findet die für die Umstellung geforderte Summe auch zu hoch, er wendet sich aber besonders gegen die Aufstellung einer Büste in der Facade. Zu einer bewährten Ausgabe sei die gegenwärtige Finanzlage der Stadt nicht geeignet. Redner beantragt, die geforderten 1600 Mark für die Büste abzulehnen.

Herr Berndt tritt für die Magistratsvorlage ein.

Herr Klein unterstützt die Anträge der Herren Dr. Grafmann und Sieber.

Bei der Abstimmung wird die Magistratsvorlage unverändert angenommen.

Von Herrn Kommerzienrath Quistorp als Besitzer des Grundstücks Falkenwalderstraße 61 ist das Gesuch eingegangen, den Magistrat zu veranlassen, die unterirdische Durchführung einer Rohrleitung quer über die Falkenwalderstraße zu gestatten, um das Wasser von einem in der Allee-straße hergestellten Tiefbrunnen nach der in dem oben genannten Grundstück befindlichen Molkerei zu führen. Das Gesuch ist bereits von dem Magistrat abschlägig beschieden, und der Referent, Herr Decker, beantragt, das Gesuch an den Magistrat zu überweisen für die Bitte, die Gründe der Ablehnung ausführlich klar zu stellen.

Eine Vorlage betreffend die V e l e i h u n g des Grundstücks Apellstraße 14 mit 2100 Mark bei 5 Prozent Verzinsung verursacht eine längere Debatte; es handelt sich um ein Grundstück, welches nach dem vorliegenden Plan der Stettin-Fasener Bahn von dieser Bahn durchschnitten wird, also event. von der Stadt angekauft werden muß und nur mit Hinficht hierauf hat sich der Magistrat zur Beilegung des Grundstücks entschlossen, da aber neuerdings die Ausführung dieses Bahnbaues noch für längere Zeit in Frage gestellt ist, werden aus der Veranlassung Bedenken über die Nothwendigkeit des Ankaufs des Grundstücks, sowie über die Sicherheit der auf Legteres zu gebenden Hypothek laut. Schließlich wird auch der Magistratsantrag abgelehnt.

Vom Magistrat ist vorgeschlagen, für das Jahr 1894 zur Bürgersteigerregulierung folgende Grundstücke anzuführen: Passauerstraße 1—5, Königsplatz 6—12, Kl. Domstraße 26, Volksweg 1 und 3—9 und Grüne Schanze 1—3. — Abgegeben hat der Magistrat, um die Balancierung des Etats zu ermöglichen, von der Neupflasterung der Frauenstraße und der Großen Laßade.

Herr S o n a s giebt dem Magistrat in Erwägung, ob es nicht zweckmäßig sei, die Grundstücke Pötkerstraße 70—71 zur Neupflasterung auszurufen.

Herr Dr. Grafmann hält dies ebenfalls für richtig, dagegen glaubt derselbe, daß die Neupflasterung der Grundstücke Königsplatz 6—12 noch nicht so nötig sei, da daselbst kein nennenswerther Verkehr stattfindet.

Herr Baurath Krause entgegnet, daß der Magistrat diese Grundstücke wohl fallen lassen werde, da die in Aussicht genommene Regulierung des Platzes am Theater in diesem Jahre noch nicht stattfinden kann.

Herr R u h r tritt für Bürgersteigerregulierung der Frauenstraße, Herr Krause für die der Laßade und Herr Hey für die Pflasterung der Straße in Fort Kreuz ein.

Die Versammlung stimmt dem Magistratsantrag zu und werden dem Antrage des Herrn Dr. Grafmann entsprechend die Häuser am Königsplatz 6—12 einschließl. Kl. Domstr. 26 von dem Anruf zur Neupflasterung ausgeschlossen.

Als dringend wird eine Vorlage des Magistrats betreff. das Vorkaufrecht bei dem Gute G e r b e r g berathen. Zur Vorbereitung dieser Sache war im November v. J. eine gemischte Kommission gewählt, aus welcher Herr Müller ausgeschieden ist. Da in der Vorkaufsache am 7. Februar Termin ansteht, ist eine Ergänzungswahl für dieses Kommissionsmitglied nötig und wird Herr S c h r ö d e r gewählt. Die Vorkaufrechtssache selbst wird in der nächsten Sitzung am 1. Februar verhandelt werden.

An Stelle der ausgeschiedenen Herren Müller und Kaeple werden die Herren D i l l g e r und S o b e m a n n zu Mitgliedern der T i e f b a u - D e p u t a t i o n gewählt.

Unter den Beschüssen, welche die Versammlung am 7. Dezember betreffend Veränderung der Geschäftsordnung faßte, befand sich auch der, daß der einzelnen Stadtvorordneten mindestens zwei freie Tage vor der Sitzung eine gedruckte Tagesordnung zugehen solle, welche alle Anträge des Magistrats und von Mitgliedern der Versammlung wörtlich, mit Bezeichnung der Referenten oder der Kommission, sowie Petitionen mit kurzer Inhaltsangabe enthalten soll. — Mit Bezug hierauf hat der Magistrat beschlossen, daß er dem Beschluß zugestimmt, soweit seine Thätigkeit dabei in Betracht kommt, was hauptsächlich die Uebernahme des Druckes betrifft. Dem Antrag des Bureaus entsprechend wird dem Magistrat ein Kredit für die Druckkosten zur Verfügung gestellt. Nicht mit den ausführlichen Zusätzen brauchen Verkaufrechtssachen und Wahlen versehen werden.

Stettiner Nachrichten.
Stettin, 26. Januar. Die Direktion der Seewarte in Hamburg hat dem Vorhörer ihrer hiesigen Haupt-Agentur, Herrn Kapitän D. K o m b e r g, die bronzen Medaille der Seewarte mit folgendem Aufschreiben verliehen: „Die Direktion erachtet es als eine angenehme Pflicht, Ihnen für die wichtigen Dienste, welche Sie durch Ihre langjährige eifrige Theilnahme an den meteorologischen Beobachtungen auf See der Wissenschaft und der praktischen Schifffahrt geleistet haben, ihre volle Anerkennung auszusprechen.“ Als Kapitän der Schiffe „Germania“, „Richard Wagner“ und „Dera“ haben Sie vom Jahre 1874 bis 1891, auf Reisen nach Kalifornien und Südamerika das meteorologische Journal treu und fleißig geführt und dabei in 14 Journalbänden ein 116 Monate Beobachtungszeit umfassendes werthvolles Material eingeleitet. Im Hinblick auf diese Leistung gereicht es der Direktion zur besonderen Freude, Ihnen als ein Zeichen der Anerkennung die bronzen Medaille der Seewarte nebst Diplom zu überreichen. Die Direktion der Seewarte. S. V. Götten.“

Die erste Strafkammer des Landgerichts verhandelte gestern in achttündiger Sitzung gegen den Kaufmann Hugo Herrmann von hier und verurtheilte denselben wegen Betruges in wiederholten Rückfall und Vorttervergehen zu 3 Jahren Gefängniß und 1050 Mark Geldstrafe, an deren Stelle im Unvermögensfalle 2 Monate und 10 Tage Gefängniß treten; ferner wurden ihm die bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 5 Jahren abgeprochen. Der Angeklagte betrie hier in den Jahren 1891 und 1892 einen schwindehaften Vorkaufhandel, bei dem es aber manchmal etwas eigenthümlich zuging, er verkaufte nämlich Antiquitäten zu Kosten der preussischen Klassenlotterie, die er gar nicht besaß, oder zerlegte die wirklich in seinem Besitz befindlichen Antiquitäten in mehr Abschnitte als zulässig. Das erstere ihm zur Last gelegte Vergehen betrieft H., das zweite räumte er ein, behauptete aber, das Zertheilen eines Viertelsofes in 6 Sechstel sei nur ein Geschäftsschick, der höchstens unter dem Begriffe des Lotterievergehens fallen könne. Daß er Loose bezog, Abschnitte und Antiquitäten zur preussischen Klassenlotterie verkauft habe, nachdem der Privathandel mit denselben gesetzlich untersagt worden, gar zu. Das Gericht bestimmte die Handlungsweise des Angeklagten in den erstgeschickerten Fällen als Betrug, billigte ihm aber mildernde Umstände zu und erkannte demnach wie Eingangs angegeben.

Fremde Fonds.	
Argent. Anl. 5%	46,100
Port. St. 5%	94,300
Buen. Anl. 5%	91,200
Gold-Anl. 5%	31,200
Ital. Rente 5%	74,900
Mexik. Anl. 6%	65,900
do. 20 St. 6%	67,100
Russ. St. 6%	111,500
Do. 4 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250
do. 5 1/2%	146,000
do. 6 1/2%	324,300
Num. St. 1 1/2%	102,750
N. Obl. 1 1/2%	102,750
do. 5 1/2%	93,750
do. 5 1/2%	146,250

